

Tach,

17.05.2013

ich bin von BASTA, einer Erwerbsloseninitiative aus´m Wedding.

Mittwoch von 10 -13 und Donnerstag von 15 -18 Uhr machen wir im Hausprojekt in der Schererstraße 8 eine Sozialberatung zu Arbeitslosengeld 2 (Hartz 4). Mittwochs gibt es danach ein gemeinsames Mittagessen.

Wenn es unsere personellen Ressourcen hergeben begleiten wir, nach vorheriger Absprachen, Menschen zum Jobcenter.

Für uns ist BASTA keine weitere karitative Angelegenheit, um die sozialen Verwerfungen des Kapitalismus zu lindern. BASTA ist auch kein Nischenprojekt, um sich das Leben im Falschen erträglich zu gestalten.

BASTA ist ein politisches Projekt, von dem es in dieser Stadt noch viel zu wenige gibt.

Wir verstehen uns als Gruppe, die versucht den politischen Einfluss Erwerbsloser und prekär Beschäftigter auf gesellschaftliche Prozesse zu ermöglichen, zuallererst im unmittelbarem Umfeld.

Beratung und Begleitung sehen wir als ersten notwendigen Schritt, um uns den Rücken frei zu halten und unsere Existenz auf eine gesicherte, wenn auch nicht ausreichende Grundlage zu stellen. So sind wir in die Lage versetzt, in der uns zur Verfügung stehenden Zeit, uns für unsere eigenen Belange zu engagieren.

Als Feld für Auseinandersetzungen sehen wir nicht die Lobbyarbeit bei politischen Parteien oder wohltätigen Organisationen, sondern die Selbstorganisation auf unterster Ebene, als Basis für Veränderungen.

Im Moment versuchen wir erste Schritte in diese Richtung zu gehen, und bauen zu den in unsere Beratung Kommenden einen regelmäßigen Kontakt auf. Gemeinsam wollen wir aktiv werden, um die Beratung und Begleitung zu verbessern und auszubauen. Weiterhin finden wir es wichtig eine eigene Infrastruktur zu schaffen, die die Lebensqualität für Menschen mit wenig Geld verbessert.

Gleichzeitig wollen wir aber politisch in gesellschaftliche Prozesse eingreifen, praktisch und theoretisch, und diese in Richtung von mehr soziale Gleichheit verändern. Und das mit immer mehr Menschen, für die der Kapitalismus keine Perspektive mehr bietet.

Denn er befindet sich in seiner schwersten Krise seit den 20er/30er Jahren des 20.Jahrhunderts. Er läuft nicht mehr rund, und um dies zu reparieren, werden hektische Aktivitäten entfaltet, die aber mit ihrem Sozialabbau und der Privatisierungen öffentlicher Güter die Funktionsweise des Systems immer weiter beeinträchtigen.

Doch der Kapitalismus wird sich nicht von selbst auflösen, er wird nur immer barbarischer werden.

Schauen wir uns nur die Situation in den südlichen EU-Ländern an, von Osteuropa ganz zu schweigen. Eine Auswirkung der Krise dort, deren direkte Folge wir in unserer Sozialberatung spüren, ist eine Jugendarbeitslosigkeit von 50% und mehr. Auf der Suche nach einem Auskommen wandert ein großer Teil der jungen Erwachsenen nach Nordeuropa aus, vor allem in das wirtschaftlich stärkste Land, nach Deutschland und natürlich auch nach Berlin. Doch die Hoffnung ist trügerisch, denn nicht erst seit der Agenda 2010 wird das Heer der Erwerbslosen oder prekär Beschäftigten auch hier immer größer. So gibt es in Berlin sogar laut der Statistik der Bundesagentur für Arbeit seit Jahren eine gleichbleibende Zahl von ca. 200.000 Arbeitslosen, bei einer ebenfalls gleichbleibenden Zahl von ca. 20.000 gemeldeten offenen Stellen. Würden alle offenen Stellen besetzt werden, würden immer noch 180.000 Menschen erwerbslos bleiben. Soviel zu Legende vom faulen Arbeitslosen!

Es ist zwangsläufig, dass bei der stattfindenden Arbeitsmigration hauptsächlich aus Süd- und Osteuropa die Zahl der Erwerbslosen stetig steigen und der Druck auf die Löhne zunehmen wird. Denn Arbeitslosigkeit war schon immer die Drohkulisse für die noch Beschäftigten.

Unter diesen Bedingungen finden nur wenige aus Süd- und Osteuropa Eingewanderte eine auskömmliche Anstellung und kommen deshalb in unsere Beratung, um beim Jobcenter das Notwendigste über das Arbeitslosengeld 2 zu beantragen.

Doch hat der deutsche Staat die Gefahr steigender Arbeitslosenzahlen und der damit verbundenen Kosten erkannt, und vor über einem Jahr ein gegenseitiges europäisches Fürsorgeabkommen, kurz EFA genannt, einseitig gekündigt und die Jobcenter angewiesen, Arbeitslosengeld 2-Anträge von erwerbslosen EU-Ausländern, die zur Arbeitssuche in dieses Land kommen, grundsätzlich abzulehnen. Die Ansprüche können nur individuell vor dem Sozialgericht durchgesetzt werden, doch nur, wenn man an einen Richter mit entsprechender Rechtsauffassung gerät. So wird es für erwerbslose Arbeitsmigranten immer schwieriger, das Geld für den Lebensunterhalt aufzubringen. Damit der menschenverachtende Kapitalismus die Lebensgrundlage von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten hier und in Europa nicht noch weiter zerstört, müssen diese selbst aktiv werden und konkrete Alternativen für ein gutes Leben im Kleinen wie im Großen entwickeln. Grundlage dafür sind, unserer Meinung nach, noch mehr Initiativen und Projekte, die entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, um eine Selbstorganisation der Perspektivlosen zu ermöglichen.

Nur so hat man die Spur einer Chance Gesellschaft zu verändern!!!

(In diesem Sinne: schafft ein, zwei, viele BASTAs!)